

24. Altenparlament am 21. September 2012

Anträge – Debatte – Beschlüsse – Stellungnahmen

24. ÄLTERPARLAMENT

ANTRÄGE – DEBATTE – BESCHLÜSSE – STELLUNGNAHMEN

Freitag, 21. September 2012, im Schleswig-Holsteinischen Landtag,
Kiel

Impressum

Herausgeber	Der Präsident des Schleswig-Holsteinischen Landtages Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel
Redaktion und Gestaltung	Referat für Öffentlichkeitsarbeit
Fotos	Kirsten Mumm, Kiel
E-Mail	bestellungen@landtag.ltsh.de
Internet	www.sh-landtag.ltsh.de
Druck	A. C. Ehlers, Kiel
Copyright	Schleswig-Holsteinischer Landtag 2012
Layout	A. C. Ehlers, Kiel

1. korrigierte Auflage

INHALT

PROGRAMM	5
GESCHÄFTSORDNUNG	6
TAGUNGSPRÄSIDIUM DES 24. ALTENPARLAMENTS	9
TEILNEHMENDE ABGEORDNETE TEILNEHMERIN PRÄSIDIUM „JUGEND IM LANDTAG“ 2011	11
BEGRÜSSUNGSREDEN Landtagspräsident Klaus Schlie	12
Tagungspräsident Dietmar Bolze	15
REFERAT Prof. Dr. Michael Opielka, Wissenschaftlicher Direktor des IZT – Institut für Zukunftsstudien und Technologie- bewertung, Berlin und Professor für Sozialpolitik an der Ernst-Abbe-Fachhochschule, Jena	18
ANLAGEN	32
AUSSPRACHE	41
ABSTIMMUNG ÜBER DRINGLICHSANTRAG	46
ANTRÄGE	47

REFERAT

Prof. Dr. Michael Opielka, Wissenschaftlicher Direktor des IZT – Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung, Berlin und Professor für Sozialpolitik an der Ernst-Abbe-Fachhochschule, Jena

„Gesellschaftliche Armut – Zukünftige Entwicklungen und Lösungsansätze“



Sehr geehrter Herr Bolze! Sehr geehrtes Präsidium! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich freue mich sehr über die Einladung, hier mit Ihnen sprechen zu können. Ich selbst weiß gar nicht genau, ob ich nicht eigentlich zu Ihnen gehöre. Ab wann ist man alt?

Einer, der sehr viel jünger war als ich und Sie – Mozart –, hätte auf die Bitte meines Vorredners, Herrn Landtagspräsidenten Schlie, ich möge die gebotene Kürze einhalten, vielleicht Folgendes gesagt, was er nach der Premiere von Don Giovanni tatsächlich gesagt hat, als der österreichische Kaiser zu ihm sagte: „So viele Töne!“. Darauf sagte Mozart: „Kein Ton zu viel!“.

Ich hoffe, dass mir das auch gelingt und ich Ihnen etwas Neues zur gesellschaftlichen Armut berichten kann. Ich möchte den Blick auf Bereiche lenken, die uns vielleicht üblicherweise nicht im Sinn sind.

Beginnen möchte ich aber mit dem, was uns im Sinn ist. Die heutige Tageszeitung – ich nehme jetzt „Die Welt“ heraus – hat zwei Schlagzeilen auf der ersten Seite, erstens „Die Kanzlerin distanziert sich vom Armutsbericht der Sozialministerin“, zweitens „Deutsche Geburtenrate sinkt weiter“. Das sind zwei Schlagzeilen, fast schon beliebig aus der gegenwärtigen Diskussion herausgegriffen, die die Frage aufwerfen, was eigentlich Armut und was Reichtum ist und wo die Gesellschaft hingehen soll.

Ich beginne mit einem Satz von Goethe aus dem „Faust II“, es ist die Schulzene. Baccalaureus sagt:

„Gewiss! Das Alter ist ein kaltes Fieber im Frost von grillenhafter Not. Hat einer dreißig Jahr vorüber, so ist er schon so gut wie tot.“

Am besten wär's, euch zeitig totzuschlagen.“
Mephistopheles antwortet:
„Der Teufel hat hier weiter nichts zu sagen.“

Wo das Alter beginnt, was die Gesellschaft zusammenhält, ist ein Thema, das uns schon immer beschäftigt hat: „Trau keinem über dreißig!“, hier in einer frühen Form des frühen 19. Jahrhunderts.

Nun zum Thema gesellschaftliche Armut: Die Schere zwischen Arm und Reich klappt immer weiter auseinander. Wir sehen die aktuelle Diskussion. Der sogenannte Vierte Armuts- und Reichtumsbericht deutet darauf hin, dass es sich um ein Thema handelt, das die Menschen beschäftigt und beschäftigen muss. Auf der einen Seite wird der private Reichtum durchaus größer. Davon profitieren in erster Linie die Reichen. Sie werden immer reicher. Genauer gesagt: 10 % der Bevölkerung besitzen 53 % des Gesamtvermögens, wie aus dem aktuellen Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung hervorgeht (s. hierzu Grafik 1, Seite 32).

Das Nettovermögen der Privathaushalte hat sich in den letzten 20 Jahren von 4,6 Billionen € auf 10 Billionen € mehr als verdoppelt. Allein in den letzten fünf Jahren gab es einen Anstieg von 1,4 Billionen €. Das ist eine große Zahl. Das heißt, wir haben es nicht nur mit einem armen Land zu tun, sondern wir sind auch ein wohlhabendes Land. Aber der Reichtum ist ungleich verteilt. Die vermögensstärksten 10 % besitzen über die Hälfte des gesamten Nettovermögens, das oberste Dezil, wie man dazu sagt. Den Anstieg von 8 % finden wir genau in diesem Bereich der Vermögensbesitzenden.

Anders bei der unteren Bevölkerungshälfte: Sie besitzt nur 1 % des Gesamtnettovermögens. Das ist ein Gesichtspunkt, der wichtig ist, wenn wir über Alterssicherung sprechen; denn es wird ja oft davon gesprochen, dass private Alterssicherung und privates Vermögen in Zukunft eine stärkere Rolle spielen sollte. Wenn aber ein relevanter Teil der Bevölkerung – 10 oder 20 % der Bevölkerung je nach Kalkulation – praktisch gar nicht an der privaten Vermögensbildung beteiligt ist, ist der Verweis auf private Vermögensabsicherung im Alter unrealistisch.

Bei der Lohnentwicklung ergibt es ein ähnliches Bild. Der Bericht sagt, im oberen Bereich der Bevölkerung sei sie positiv steigend, die unteren 40 % der Vollzeitbeschäftigten hätten jedoch nach Abzug der Inflation Verluste hinnehmen müssen.

Im Bericht der Regierung heißt es, eine solche Einkommensentwicklung verletze das Gerechtigkeitsempfinden der Bevölkerung. Der Abstand zwischen West- und Ostdeutschland hat sich verringert, aber noch immer haben die Menschen in Westdeutschland im Schnitt etwa 132.000 € und in Ostdeutschland 55.000 € Vermögen.

Die Zahlen zeigen eine Zunahme der Ungleichheit. Noch vor zehn Jahren besaßen die unteren 50 % der Bevölkerung 4 % des Einkommensvermögens, jetzt sind es 1 %. Erst ab Beginn der oberen Hälfte der Bevölkerung ist überhaupt nennenswertes Vermögen vorhanden (s. hierzu Tabelle 1, S. 33).

Allerdings sind Daten und Zahlen nicht immer einfach zu interpretieren. Ich erwähne nur eine Zahl aus dem Dritten Armutsbericht. Da hieß es nämlich, dass die obersten 10 % der Bevölkerung 56 % des Vermögens besäßen. Vor zehn Jahren waren es mehr als jetzt, aber das entstand aufgrund einer anderen Datengrundlage. Trotz solcher Unklarheiten der Datenlagen ist eines klar und Konsens, dass tatsächlich die Verteilungswirkungen unserer üblichen gesellschaftlichen Praxis – der Art und Weise, wie wir Einkommen erzielen und verteilen, wie der Sozialstaat organisiert ist, wie sich privates Vermögen verfasst – dazu führen, dass die Kluft immer größer wird. Das ist schon eine Enttäuschung für viele, die hofften, dass mit Sozialpolitik, mit Diskursen und Gesprächen über Gleichheit, über Gemeinschaft, doch auch ein bisschen mehr an Gleichheit einhergeht. Die Wirklichkeit sieht anders aus.

Das hat in Bezug auf zukünftige Entwicklungen große Bedeutung. Atypische Beschäftigungsverhältnisse – Teilzeit, Minijobs, Leiharbeit und befristete Stellen – sind zwar nicht zulasten der normalen Arbeitsverhältnisse gegangen, aber Stundenlöhne, die bei Vollzeitarbeit zur Sicherung des Lebensunterhaltes eines Alleinstehenden nicht ausreichen, verschärfen Armutsrisiken und schwächen den sozialen Zusammenhalt.

Abschließend zu diesem aktuellen Blitzlicht auf die Vermögensverteilung ein Hinweis, der beachtlich ist vor dem Hintergrund der aktuellen Finanzkrise: Das Nettovermögen des Staates ist im Vergleich zwischen 1998 und 2008 um 800 Milliarden € zurückgegangen. Dies ist bereits seit zwei Jahrzehnten zu beobachten. Wir haben also eine Verschiebung privater Forderungen und Verbindlichkeiten in staatlichen Bilanzen festzustellen. Die öffentliche Verschuldung ist nicht einfach eine Verschuldung im Nirgendwo, sondern öffentlichen Schulden stehen private Gläubiger gegenüber. Das heißt, wir haben es in der Finanzkrise auch mit einer Umverteilung von gesellschaftlichen Ressourcen zugunsten privater Haushalte zu tun, und zwar nicht aller, sondern der besonders privilegierten Privathaushalte.

Für die andere Seite der Gesellschaft – für das untere Zehntel oder die unteren zwei Zehntel der Gesellschaft – haben wir selbstverständlich auch gute Ratschläge bei der Hand. Vor vier Jahren hat Thilo Sarrazin, damals Finanzsenator in Berlin, zwei Wochen geübt auf Hartz IV-Niveau zu essen, daraufhin ein Hartz IV-Menü kreiert und es auch veröffentlicht. Das ist ein öffentlichkeitsorientierter Politiker gewesen. Und er hat erläutert, dass man doch eigentlich noch sparen kann. Er kam beim Essen auf einen Tagessatz, bei dem er 35 ct bis 40 ct eingespart hatte. Also von den 4,25 €, die zur Verfügung stehen, ließ sich auch noch etwas zur Seite legen (s. *hierzu Grafik 2, S. 34*).

Natürlich geht das. Wenn ich meine Studenten am Beginn des Studiums frage oder auch später, wie viele von ihnen mehr als den Hartz IV-Satz zur Verfügung haben, dann sind es etwa 10 %. Die große Mehrheit der Studenten lebt in knappen Verhältnissen. Natürlich kann man das, selbstverständlich.

Die damalige Irritation und Empörung in der Öffentlichkeit über die Äußerungen des Berliner Finanzsenators resultierte aus einer Haltung. Über diese Haltung möchte ich mit Ihnen hier sprechen. Es geht um die Frage, welchen Respekt äußert und repräsentiert die Gesellschaft gegenüber denjenigen, die mehr im Schatten des Wohlstandes leben müssen. Welche Botschaft habe ich für sie? Die Botschaft von Thilo Sarrazin kam bei denjenigen, die von wenig Geld leben müssen, nicht gut an. Sie kam aus guten Gründen nicht gut an, weil sie verbunden war mit einer – ich habe es in der persönlichen Diskussion mit Sarrazin erlebt – zynischen Haltung.

Das ist eine der großen Fragen: Wie schafft man es, mit dieser Ungleichheit respektvoll umzugehen? Ungleichheiten wird es immer geben, die wir dann auch nicht sofort abschaffen können, jedenfalls nicht ganz und gar. Aber toleriert man sie und macht man sozusagen diejenigen, die auf der Schattenseite leben, nicht nur zu Opfern, sondern zu Opfern, die sich darin wohlfühlen? Das ist die Diskussion, die wir in dieser Woche aus den USA gehört haben. Wenn ich sage, der Transfer-

empfänger sei im Grunde ein Schmarotzer, nicht willig sich zu engagieren. Wenn ich ihm also im Grunde seine eigene Existenz vorhalte und sie abwerte, dann muss ich mich nicht wundern, wenn sich die Gesellschaft empört und auseinanderdriftet. Armut ist eine sehr komplizierte Angelegenheit. Was ist eigentlich Armut? Es gibt verschiedene Armutskonzepte. Ich möchte Sie jetzt nicht mit sozialwissenschaftlichen Details langweilen, sondern eine große Linie zeichnen, weil das vielleicht nicht so bekannt ist.

In der Regel bedeutet Armut in der internationalen Literatur, 1 \$ pro Tag zur Verfügung zu haben. Das heißt, um überhaupt die Existenz zu sichern, Essen, Unterkunft und so weiter finanzieren zu können. Diese absoluten Armutskonzepte werden in der europäischen Diskussion in der Regel nicht angewendet, weil wir durch den Sozialstaat eine einigermaßen auskömmliche Existenz sicherstellen. Im weltweiten Maßstab sind sie nach wie vor relevant.

In Europa, in Deutschland sprechen wir, wenn wir von Armut sprechen, immer von relativer Armut. Relative Armut heißt: Ich vergleiche die Position derjenigen, die am schlechtesten dran sind, mit dem durchschnittlichen, mittleren Vermögens- und Einkommensniveau, dem im Durchschnitt möglichen Lebensstandard der Bevölkerung. Da gibt es zumindest drei grundsätzliche Herangehensweisen. Die erste Herangehensweise ist die, die man als subjektive Armut bezeichnen kann. Sie wird selten herangezogen, ist aber nicht unwichtig. Wie empfindet man sich selbst? Das Beispiel, das ich Ihnen gerade an meinen Studenten erläuterte, zeigt, dass selbst objektive Armut, wenn sie subjektiv nicht als solche empfunden wird, weil man sie als temporären Zustand, als einen Übergangszustand begreift, anders verstanden und verarbeitet werden kann. Wenn ich aber 70, 75 oder 82 Jahre alt bin, und mich subjektiv als arm erlebe und nicht den Eindruck habe, es werde sich etwas ändern, weil ich selbst nicht mehr in einer Position bin, meine ökonomische Lage zu beeinflussen, wenn ich es also nicht als einen Übergangszustand mit Hoffnung auf Besserung, sondern

als ein Abschneiden von Zukunft erlebe, ist das subjektive Empfinden von einer ganz anderen Bedeutung und Dramatik.

Üblicherweise wird aber, wenn wir über relative Armut sprechen, über Einkommensarmut gesprochen – Einkommensarmut in der Regel unter Bezug auf das mittlere gewichtete Einkommen. Dabei werden Werte zwischen 40 und 60 % dieses gewichteten Einkommens verwendet. Das macht sehr viel aus. Wenn wir den Wert von 40 % ansetzen, hätten wir in Deutschland praktisch keine Einkommensarmut. Wenn wir 50 % ansetzen, ist sie auch recht gering. Bei 60 % kommen wir schon auf Werte deutlich über 10 bis 15 % der Bevölkerung, je nachdem, wie man genau rechnet. Die Frage bei der Einkommensarmut ist also schon, was der Bezugspunkt ist. Damit wird auch Politik gemacht. Die aktuellen Streitereien der Regierungskoalition auf Bundesebene zwischen Sozialministerin und Wirtschaftsminister machen deutlich, dass es sich um Politik handelt. Mit diesen wissenschaftlichen Fakten werden Konflikte in der Gesellschaft angesprochen und Interpretationen nahegelegt.

Es gibt noch eine dritte Betrachtungsweise, die ich hier nicht unbeachtet lassen möchte. Man bezeichnet sie als Konzept der lebenslagenbezogenen Armut oder – Fachvokabular – relative Deprivation, relative Benachteiligung. Dieses Konzept wird nicht so oft verwendet, jedenfalls nicht in der allgemeinen Literatur, weil das bedeuten würde, dass man Unterversorgung in verschiedenen Lebensbereichen vergleicht. Es kann ja sehr gut sein, dass jemand in einem bestimmten Lebensbereich ganz gut aufgestellt ist, aber in anderen Bereichen nicht. Sie mögen oberhalb des Hartz IV-Niveaus im unteren Einkommensbereich leben, aber durch Ihre Krankheit und Ihre Pflegebedürftigkeit sind Sie zum Beispiel so stark mobilitätseingeschränkt, dass Sie besonders hohe Unterstützung auf diesem Gebiet brauchten. Wenn die jeweilige Kommune oder die Stadt das nicht bereithält, sind Sie dann doch arm, obwohl Sie vom Einkommensniveau her eigentlich auskömmlich existieren könnten. Da merken wir schon, dass die sozialstaatlichen Sicherungssysteme, wenn sie gut funktionieren, auf diese be-

sonderen Problemlagen eingehen und diese Lebenslagen auch ausgleichen können, aber oft eben auch nicht (s. *hierzu Grafik 3, S. 35*).

Nachhaltige Sozialpolitik

Ich möchte diese allgemeinen Beschreibungen des Altersarbeitsproblems mit einem Blick in die Zukunft und der Frage nach Nachhaltigkeit verbinden. Nachhaltigkeit ist ein Begriff, der seit etwa 25 oder 30 Jahren in der öffentlichen Diskussion eine Rolle spielt. Der erste öffentlichkeitswirksame Bericht dazu war der sogenannte Brundtland-Bericht, der Bericht einer Kommission unter Leitung der ehemaligen norwegischen Ministerpräsidentin an die UNO aus dem Jahr 1987. Da sprach sie davon, dass nachhaltige Entwicklung eine Entwicklung sei, welche die Bedürfnisse der gegenwärtigen Generation befriedige, ohne die Fähigkeit zukünftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen. Das heißt Nachhaltigkeit. Das gilt nicht nur für den Bereich der Umwelt im engeren Sinn, also Ökologie, und des Verhältnisses zur Umwelt, und auch nicht nur für den Bereich der wirtschaftlichen Nachhaltigkeit – viele Ökonomen sagen ja: Wir Ökonomen sind von Natur aus nachhaltig, die Ökonomie sozusagen als die Gesetzmäßigkeit des häuslichen Wirtschaftens sei eine Disziplin der Nachhaltigkeit –, sondern sie gilt auch für den Bereich des Sozialen. Das ist oft unterbelichtet, aber es ist von großer Bedeutung. Die demografische Frage ist eine der zentralen sozialen Nachhaltigkeitsfragen, aber auch generell die Frage sozialer Gerechtigkeit.

Dies ist eine Diskussion, die wir weltweit führen und die auch in Deutschland immer wieder bewusst gemacht werden muss. Es ist nicht selbstverständlich. Schauen wir uns noch einmal an, wo die wirklichen Probleme im Bereich der Demografie liegen. Auch hier möchte ich Sie nicht mit allgemein bekannten Zahlen konfrontieren, sondern mit Gedanken. Ein Gedanke stammt von Franz-Xaver Kaufmann, den ich sehr schätze. Er hat in etwa folgendermaßen formuliert: Nicht das Altern, sondern der absehbare und sich voraussichtlich beschleunigende

Rückgang unserer Bevölkerung ist das zentrale demografische Problem. Darüber kann man viel diskutieren. Das ist ein weites Feld. Der Punkt ist, dass der Rückgang der Bevölkerung den Effekt hat – auf den Kaufmann aufmerksam macht –, dass wir es hier mit der Gefährdung einer Innovationsorientierung unserer Gesellschaft zu tun haben. Der Rückgang der Bevölkerung führt dazu, dass ein Klima von Verlangsamung und ein Klima von Innovationsarmut – von weniger Innovation – auftritt. Gesellschaften wie die US-amerikanische sind deutlich innovationsfreundlicher, nicht zuletzt wegen ihrer demografisch anderen Struktur.

Gleichwohl ist man als Wissenschaftler nüchtern und sieht, dass es auch Gesellschaften gibt, die eine enorm junge Struktur haben und trotzdem nicht innovationsfreundlich sind. Die Welt ist also kompliziert. Allein viele Kinder führen noch nicht zu einer innovationsorientierten Gesellschaft. Es ist das Gesamtgefüge. Gesellschaft ist ein Kunstwerk, ein komplizierter Organismus. Dennoch ist der Hinweis von Franz-Xaver Kaufmann von Bedeutung. Das wird einem sofort klar, wenn wir den Jugend-Alters-Quotient über einen Zeitraum von 100 Jahren anschauen, das heißt, das Verhältnis der Jugendlichen zur mittleren Generation, also das Verhältnis der unter 20-Jährigen zu den 20- bis 60-Jährigen oder das Verhältnis der über 65-Jährigen zu den 20- bis 60-Jährigen. Da stellen wir eine dramatische Verschiebung fest. Relativ gesehen bedeutet es, dass Familien mit Kindern aus Sicht der Mehrheitsgesellschaft eine immer kleinere Minderheit sind und damit auch weniger Beachtung verdienen. Ich bin auch Familienwissenschaftler, und weiß, dass das Sinken der Geburtenrate aus meiner Sicht vor allem ein Resultat einer mangelhaften Konzeption von Familie als guter Lebensform und einer in unserer Kultur eingebauten Individualisierung im Sinne von Vereinzelung ist, und das im Gesamtgefüge. Hier greifen das Problem der gesellschaftlichen Ungleichheit, das ich am Beispiel der Vermögensrelation angesprochen habe, und die demografische Frage ineinander. Es entsteht tendenziell, subkutan – unter der Haut – eine Kultur der Individualisierung, die den Einzelnen in

den Mittelpunkt rückt, und zwar nicht als Individuum, das sich entfaltet, sondern als Individuum auf Kosten und unabhängig von anderen. Das ist das soziale Problem der Zukunft.

Ich glaube, da muss man sehr wachsam sein. Man kann da nicht sofort umsteuern. Die Entwicklung ist tief angelegt. Die demografischen Verhältnisse im Jahr 2050 stehen heute schon weitgehend fest. Wir wissen schon, wer in 38 Jahren mindestens 38 Jahre alt ist. Diese Menschen leben bereits. Alle, die älter als 38 Jahre sind, werden in 38 Jahren 76 Jahre und älter sein. Das heißt, wir kennen bereits heute die gesellschaftlichen Verhältnisse, die auf uns zukommen. Die Frage ist, was wir damit machen und wie wir gesellschaftspolitisch damit umgehen (s. *hierzu Grafik 4, S. 36*).

Schauen wir uns deshalb noch einmal an, was die Politik heute mit der Alterssicherung macht. Wir haben Alterssicherungen für verschiedene Erwerbstätigengruppen. Das System ist völlig undurchschaubar und optimal dazu geeignet, die Bevölkerung an der Wirklichkeit „vorbeizuhieven“. Die aktuelle Diskussion zwischen Ministerin von der Leyen und der SPD über ein Grundsicherungskonzept, zeigt, dass überhaupt nicht mehr klar ist, worum es wirklich geht, weil die Finanzrelationen und Finanzströme völlig undurchschaubar sind. Ein Erwerbstätiger heute, der etwa 20 % Rentenversicherungsbeitrag zahlt – Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeitrag –, weiß gar nicht, dass er noch einmal mindestes 10 % seines Einkommens über andere Kanäle ebenfalls für die Alterssicherung der gesetzlichen Rente aufbringt, nämlich durch Ökosteuern und verschiedene Bundeszuschüsse, insgesamt etwa noch einmal 50 % der Summe der Rentenversicherungsbeiträge werden zusätzlich für die gesetzliche Rente aufgewendet, plus weitere Sondersysteme wie das der Beamten. Es ist ein völlig unüberschaubares System, das aber auch manche Stärken hat. Es existiert immerhin seit fast 120 Jahren. Es ist keineswegs eine Eintagsfliege. Aber wir müssen uns fragen, ob dieses Rentenversicherungssystem nachhaltig ist, ob es Solidarität gut organisieren kann (s. *Tabelle 2, S. 37*).

Was ist die Perspektive, wenn in etwa 20 Jahren – das ist absehbar – 20 bis 30 % der Altenbevölkerung, der Rentnerbevölkerung, auf Grundsicherungsniveau leben müssen? Das heißt, Sie haben eine Lebenslage, in der Sie praktisch Ihr gesamtes Vermögen – bis auf kleine Beträge – für die eigene Existenzsicherung einsetzen müssen, in der Sie heute Ihren Kindern nur zur Last fielen, wenn diese 100.000 oder 200.000 € im Jahr verdienten. Das ist heute die Regelung. Wer weiß, wie die Regelung in 20 Jahren aussehen wird. Vielleicht fallen wir wieder zurück in die alten Sozialhilferegelungen, wenn die öffentlichen Diskurse entsprechend organisiert sind, sodass wir viele arme Alte haben, und zwar im großen Stil, wie es in den 1950er- und 60er-Jahren der Fall war. Armut im Alter war lange Zeit das große Armutsproblem im Nachkriegsdeutschland. Das ist schon lange her. Im Augenblick sind die Alten nicht die wirkliche Armutspopulation. Das kann sich aber in Zukunft ändern. Die Angst davor ist groß. Das treibt die Gesellschaft auseinander. Dieses konfuse, historisch gewachsene, gegliederte Alterssicherungssystem ist aus meiner Sicht der Hauptgrund für Altersarmut in Zukunft.

Dummerweise sehen die Politiker das ganz anders. Die Bertelsmann Stiftung hat vor sechs Jahren eine Befragung durchgeführt. Sie hat die Frage gestellt: Sind die wirtschaftlichen Verhältnisse bei uns in Deutschland – gemeint ist, was die Menschen besitzen und was sie verdienen – im Großen und Ganzen gerecht oder nicht gerecht. Die Bertelsmann Stiftung befragte 1.000 Mandatsträger in Landesparlamenten, im Bundestag und im Europaparlament aus allen Parteien. 60 % der Mandatsträger sagten, es sei gerecht, 28 % sagten, es sei nicht gerecht, 12 % konnten sich nicht entscheiden (s. Grafik 5, S. 38).

In einer parallelen Befragung der Bevölkerung wurde festgestellt: 28 % der Bevölkerung sagten, es sei gerecht, 56 % sagten, es sei nicht gerecht, und 16 % konnten sich nicht entscheiden. Zweieinhalb Jahre später waren die Unterschiede in der Einschätzung noch größer. Das heißt, wir haben eine ganz

unterschiedliche Wahrnehmung zwischen Mandatsträgern und Bevölkerung in zentralen Gerechtigkeitsfragen. Sie als Alternparlament sind Bevölkerung. Sie sind keine Politiker. Aber die Politiker leben in einer Welt der Sachzwänge. Wenn Sie mit Parlamentariern auf Bundesebene sprechen, dann stellen Sie fest, dass sie subjektiv ganz andere Dinge wollen, als sie über ihre Parteien, ihre Fraktionen und die Ministerien glauben durchsetzen zu müssen. Die Fiktion des Alternativlosen, die Fiktion der Sachzwänge an vielen Stellen verhindert Entwicklung in die Zukunft, weil nämlich Einzelinteressen als Gemeinschaftsinteressen deklariert werden. Das führt zu einem mentalen Auseinanderklaffen in der Bevölkerung und das ist für den Zusammenhalt der Gesellschaft schädlich. Wir wissen, dass mehr soziale Gleichheit nachhaltig ist.

Jetzt werden Sie denken: Aha, wieder einmal so ein Sozialist. Da kann ich Sie trösten: Ich bin Katholik.

Das muss kein Widerspruch sein, das ist richtig. Aber ernsthaft: Ich bin Sozialwissenschaftler, ich bin Soziologe, ich schaue einfach auf die Fakten. Wir können feststellen, dass eine Gesellschaft, in der die Kluft nicht zu groß ist, für praktisch alle Beteiligten eine gesündere Gesellschaft ist. Es geht dabei jetzt nicht um Sozialneid oder um die Frage einer Ideologie, sondern es ist wirklich eine Beschreibung der Wirklichkeit. Wir bekommen – geradezu unter einem Brennglas – eine vollkommen ideologisierte Diskussion vorgeführt, in der Privatnutz gegen Sozialnutz gestellt wird, private und öffentliche Güter als Widerspruch präsentiert werden – eine soziologisch und ökonomisch vollkommen abwegige Sichtweise. Dabei wissen wir, dass wir in einem sozialen Organismus leben und voneinander abhängig sind. Stellen Sie sich vor, wir hätten heute, wie wir hier sitzen, nur das an unserem Leib, was wir selbst hergestellt hätten. Wie würden wir uns hier gegenüber sitzen?

Die Strickenden unter uns haben Glück, wenn sie auch Schafe zu Hause haben. Oder wenn Sie nach Hause gehen und wüssten, Sie hätten nur das zu Essen, was Sie selbst ange-

baut und geerntet haben – ein karges Leben! Das heißt, wir leben in einer so umfassenden Weise von anderen, wir sind so eingebettet in komplexe Tauschprozesse, dass unsere Einkommensverteilung nicht so tun kann, als ob nur ich, nur wir zu unserem Einkommen beitragen. Das ist ein Gedanke, den ich Ihnen anbiete. Er müsste eine Konsequenz haben. Wenn er als wahr erkannt würde – ich glaube, er ist wahr –, dann muss er eine Konsequenz für die Organisation unserer sozialen Sicherungssysteme haben.

Deswegen bin ich Befürworter eines Grundbürgergeldes, eines Grundeinkommens. Bürgergeld beziehungsweise Grundeinkommen kann, wenn es gut ist – mittlerweile gibt es solche Befürworter in allen politischen Lagern – Armut wirkungsvoll bekämpfen. Dazu möchte ich nicht so viel sagen, sondern es lieber auf das Thema Alter anwenden. Ich habe mich intensiv mit der Schweizer Sozialpolitik beschäftigt. Die Schweizer haben vor vielen Jahren – das ist schon über 30 Jahre her – eine Altersversorgungsreform beschlossen und die Alters- und Hinterlassenenversorgung (AHV) eingeführt, ein Sozialversicherungssystem mit derzeit 10,1 % Beitrag auf alle Einkommensarten ohne Beitragsbemessungsgrenze. Selbst derjenige, der nur von seinem Vermögen und vom Vermögensverzehr lebt, muss je nach Vermögenhöhe bis zu 18.000 Franken im Jahr Beitrag an die AHV zahlen. Die AHV ist eine Bürgerversicherung – alle zahlen 10,1 % ein. Sie bekommen mindestens eine Grundrente in Höhe von umgerechnet knapp 880 €. Das hängt ab vom Frankenkurs und schwankt daher. Sie bekommen maximal das Doppelte dieser Grundrente. Das ist die öffentliche Bürgerversicherung.

Ich halte das für ein äußerst gutes System. Es ist das nachhaltigste gesetzliche Rentensystem der Welt. Das hat die Weltbank in mehreren Vergleichsstudien bestätigt. Wenn man dieses Modell in Deutschland einmal erwägen würde, wenn man es auf alle Sicherungssysteme ausweiten würde, hätten wir ein konzentriertes soziales Sicherungssystem, das jedem Schutz vor Armut garantiert, was in gewisser Weise auch eine Bei-

tragsäquivalenz gewährleistet – zugegeben in einem schmalen Sektor, aber immerhin. Es unterstützt auch Leistung. Ich bin der Auffassung, dass sich Leistung auch in gewisser Weise in der Einkommensstruktur abbilden muss. Es bietet eine Grundlage, auf der betriebliche und private Alterssicherung aufsatteln können. Ich kam – die Kalkulation ist schon vier Jahre alt – auf einen Beitrag zur Grundeinkommensversicherung in Höhe von knapp 18 % – deutlich weniger, als unsere heutigen Sicherungssysteme kosten (s. *hierzu Tabellen 3 und 4, S. 39, 40*).

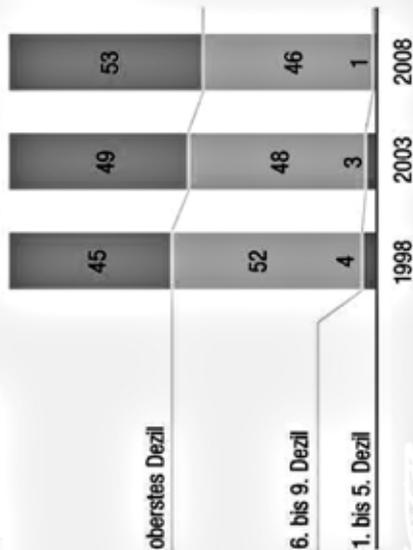
Wenn wir diese verschiedenen Überlegungen in der Landschaft der Sozialpolitik sortieren, kann man feststellen, dass wir im Augenblick drei große politisch-ökonomische Denkschulen beobachten können: die liberale, die sozialdemokratische und die konservative. Wir haben sie hier auch vertreten. Für viele von Ihnen wird es sein wie für mich: In mir selbst gibt es konservative, liberale und sozialistische Elemente. Das ist meine Erfahrung. Wir sind gemischte Menschen, „gemischte Könige“, wie es Goethe einmal in seinem Märchen genannt hat. Ich selbst habe noch als viertes Modell den Garantismus ergänzt, weil ich glaube, dass wir gut daran tun werden, wenn wir dafür sorgen, dass in Zukunft eine menschenrechtsbasierte Sozialpolitik einen größeren Stellenwert einnimmt. Wenn ich ein Garantist bin, denke ich an die Menschenrechtsbasierung, ich weiß aber, dass die anderen drei Lager ebenso ihre Richtigkeit haben. Auch das Liberale – die Leistungsorientierung und die Marktidee – hat etwas Wertvolles. Das Konservative mit dem Blick auf Gemeinschaft, auf Familie und Nation hat auch etwas Wertvolles. Das Linke Sozialdemokratisch-Sozialistische, mit dem Blick auf Gleichheit und den Staat als Umverteiler, hat auch seine Wahrheit. Ich will jetzt nicht enden mit einer Mischung, die überhaupt kein Profil hat. Das Profil, auf das ich aufmerksam machen möchte, lautet: mehr Menschenrechte, mehr Teilhabe für jeden und eine Politik, die sich wirksam für eine Bekämpfung der Armut durch garantierte Grundsicherung einsetzt. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

GRAFIK 1

Der Reichtum ist jedoch überaus ungleich verteilt: So besitzen "die vermögensstärksten zehn Prozent der Haushalte über die Hälfte des gesamten Nettovermögens". Ihr Anteil sei in den Jahren immer weiter gestiegen. Allein von 1998 bis 2008 ist ein Anstieg von acht Prozent festzustellen. Anders bei der unteren Bevölkerungshälfte: Sie besitzt nur ein Prozent des gesamten Nettovermögens.

Anteile der Haushalte am Nettogesamtvermögen

Angaben in Prozent



Vom ersten bis zum vierten Dezil, das ist in etwa die Hälfte der Bevölkerung, haben die Menschen nahezu kein Vermögen angehäuft.

Vom fünften Dezil an besitzen die Deutschen ein nennenswertes Vermögen.

Quelle: Süddeutsche Zeitung v. 20.9.2012

SZ-Grafik: Quelle Bundesministerium für Arbeit und Soziales
rundungsbedingte Differenzen

TABELLE 1

Gesellschaftliche Armut – gesellschaftlicher Reichtum	
Drucksache 16/9915	– 186 – Deutscher Bundestag – 16. Wahlperiode

Q.1. Vermögensverteilung

	1998	2003	20021
Verteilung der Vermögen auf die oberen 10 Prozent	44 %	47 %	56 % ²
Verteilung des Vermögens auf die unteren 50 Prozent	4 %	4 %	2 % ²

¹ Reihenumberechnung

² Quelle: SOEP, einschließlich Betriebs- und Sachvermögen.

Quelle: EVS und SOEP

Quelle: Dritter Armuts- und Reichtumsbericht 2008

GRAFIK 2

Was ist Armut?



Quelle: Die Welt v. 8.2.2008

Quelle: SENFIN, Foto: AKHTAR

GRAFIK 3

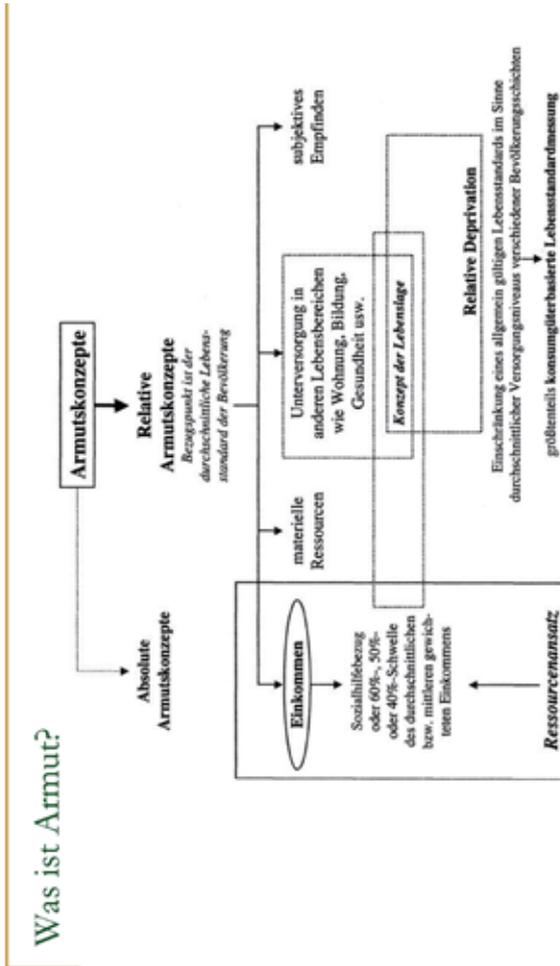
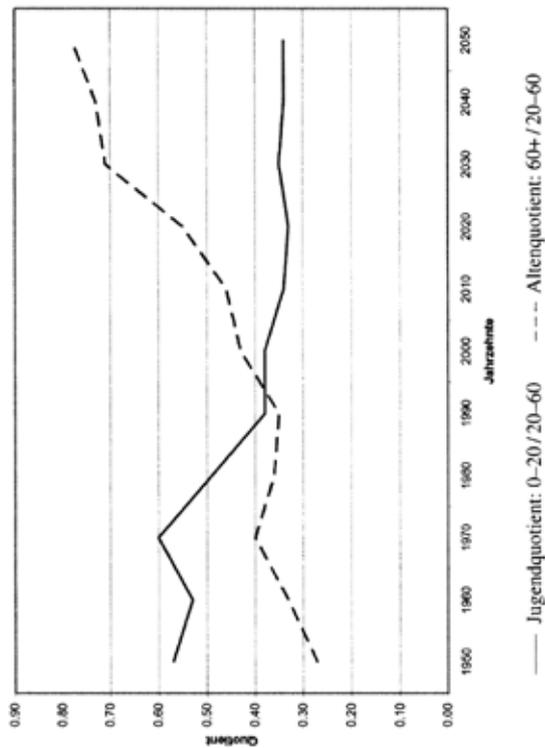


Abbildung: Konzepte zur Armutsmessung

Quelle: Sell, Stefan, Armutsforschung und Armutserichterstattung aus Sicht einer lebenslagenorientierten Sozialpolitik, in: ders. (Hrsg.), Armut als Herausforderung. Bestandsaufnahme und Perspektiven der Armutsforschung und Armutserichterstattung, Berlin: Duncker & Humblot 2002, S. 16

GRAFIK 4

Rentenpolitik und Generationengerechtigkeit

**Abbildung: Deutschland: Entwicklung des Jugend- und Altenquotienten 1950-2050**

Quelle: 1950-2000: Statistisches Jahrbuch, 2010-2050: Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Variante 5; Franz-Xaver Kaufmann, Was meint Alter? Was bewirkt demographisches Altern? Soziologische Perspektiven, in: Ursula Staudinger/Heinz Häfner (Hrsg.), Was ist Alter(n)? Neue Antworten auf eine scheinbar einfache Frage, Heidelberg: Springer 2008, S. 125

TABELLE 2

Rentenpolitik und Generationengerechtigkeit

Individuelle ergänzende Sicherung						
Nicht geförderte private Alterssicherung (Lebensversicherungen, Ersparnisse, Mietfond usw.) Geförderte zertifizierte private Alterssicherung (=Riester-Rente+)						
Freimitt. Versicherung (GRV)						
Zusatzsysteme			Kategorie	betriebl. Altersversorgung BfA und Landesversicherungsanstalten, Seelasse	Zusatzversorgung im öffentl. Dienst	Beamtenversorgung
Gesetzlich verankerte Systeme	Berufsständische Versorgungswerke ¹	Alterssicherung der Landwirte ²	Sondereinrichtungen und -regelungen für Selbstständige innerhalb der GRV	gesetzliche Rentenversicherung (GRV) ³		
Personenkreis						
bodaforsicherte	Landwirt	gesetzliche Rentenversicherung (seit 2003)				
nicht pflichtversicherte Selbstständige	freie Berufe	Landwirt	Selbstständige nach §§ 3 + 4 SGB VI (Händler, Künstler u. a., Versicherungs-pflichtige auf Antrag)	Sonstige Beschäftigte im Bergbau	Beamte, Richter und Berufssoldaten	
Selbstständige	Abw. und Angestellte abhängig Beschäftigte					
privater Sektor						
öffentlich Dienst						

Quelle: Schmidt u. a. 2003, S. 13 (mit Ergänzungen) –¹ bezieht sich auf abhängig Beschäftigte der jeweiligen Bereiche, ² einschließlich mitbafender Familienangehöriger; als Teilversicherung, ergänzt durch betriebliche Maßnahmen (Altenheim), ³ auch für Ehepartner ohne eigenen Anspruch, wenn der erste Ehepartner den vollen Mindestbeitrag leistet und ein eigener Vertrag besteht

Quelle: Opiełka 2008, S. 145

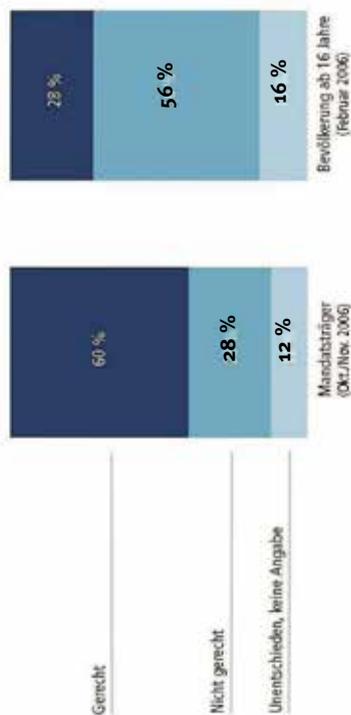
Abbildung: Alterssicherung für verschiedene Erwerbstätige in Deutschland

GRAFIK 5

Grundeinkommen und wachstumsneutrale Finanzierung der Sozialsysteme

Einschätzung der Verteilungsgerechtigkeit durch Mandatsträger und Bevölkerung im Vergleich: Mandatsträger sind ungleich stärker von einer gerechten Verteilung überzeugt

Frage: „Sind die wirtschaftlichen Verhältnisse bei uns in Deutschland – ich meine, was die Menschen besitzen und was sie verdienen – im Großen und Ganzen gerecht oder nicht gerecht?“



BertelsmannStiftung

Quelle: Robert B. Vehrkamp/Andreas Kleinsteuber, *Soziale Gerechtigkeit in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage unter deutschen Parlamentariern*, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung 2006, S. 6

TABELLE 3

Leistungsbereich	Leistung	Beitrag in Prozent (auf alle Einkommen)
Renten	768 - 1.536 €	10
Übergangszuschlag Renten		2
Arbeitslosengeld	640 - 1.280 €	1,5
Erziehungsgeld	640 - 1.280 €	0,5
Kindergeld	je Kind 160 € (zusätzl. bis 160 € Zuschlag)	2
Krankengeld	640 - 1.280 €	0,2
Ausbildungsgeld	640 € (davon 50% Darlehen)	0,3
Grundsicherung (partielles Grundeinkommen, „Bafög für alle“)	640 € (davon 50% Darlehen)	1
Beitrag GEV insgesamt (auf Einkommen lt. ESt, ohne Beitragsbemessungsgrenze/„Sozialsteuer“)		17,5

Quelle: Michael Opelka, Sozialpolitik. Grundlagen und vergleichende Perspektiven, Reinbek: Rowohlt 2008, S. 258
- Anmerkung: Rechnerischer Grundbetrag 640 € = ALG II, sinnvoll: 700 €; Datengrundlage Stand 2004

Abbildung: Modell Grundeinkommensversicherung (GEV) - Leistungen/Beiträge